

Die WohlfühlBank!

A stylized silhouette of a city skyline in shades of blue, featuring various buildings and a prominent tower on the left.

2017



Geschäftsbericht 2017

Sparda-Bank Hannover eG

Sparda-Bank

Inhalt

Geschäftsbericht 2017

- 2** Bericht des Vorstandes
- 3** Grußwort des Vorstandes
- 4** Organe
- 5** Lagebericht
- 16** Bericht des Aufsichtsrates
- 17** Jahresabschluss 2017
- 32** Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- 37** Dankeschön und Impressum
- 38** Überall erreichbar

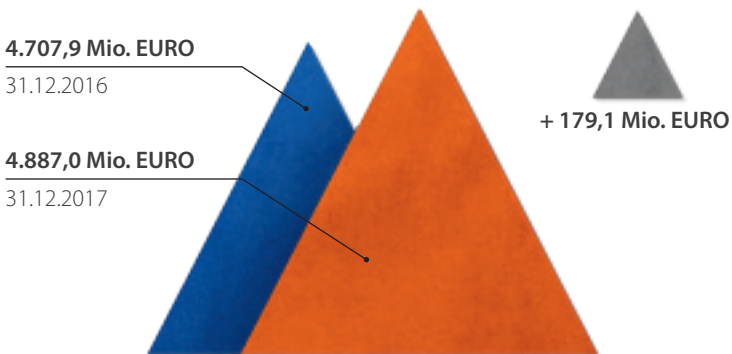
Bericht des Vorstandes

Starkes Eigenkapital für eine sichere Zukunft

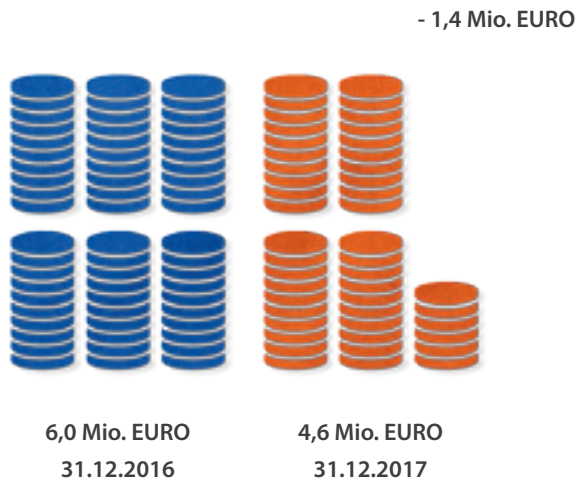
Trotz eines anspruchsvollen Marktumfeldes haben wir 2017 mit einem Jahresüberschuss von 4,6 Millionen Euro ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 179,1 Millionen Euro auf 4.887,0 Millionen Euro. Damit sind wir eine der größten Genossenschaftsbanken in Norddeutschland.

Unser faires Geschäftsmodell überzeugt nach wie vor. Das bestätigt der Kundenmonitor Deutschland, der uns 2017 zum 25. Mal in Folge als Filialbank mit den zufriedensten Kunden ausgezeichnet hat. Diese schätzen besonders unser gutes Preis-Leistungs-Verhältnis, moderne digitale Angebote und die qualifizierte Baufinanzierungs- und Geldanlageberatung. Die positive Entwicklung im Einlagengeschäft beweist das große Vertrauen unserer 326.492

Bilanzsumme 2017



Jahresüberschuss



Kunden. Die Kundeneinlagen erhöhten sich um 205,3 Millionen Euro auf 4.070,5 Millionen Euro. Der Bestand an Kundenforderungen verringerte sich leicht um 90,9 Millionen Euro auf 3.235,0 Millionen Euro. Dies ist auf starke Rückflüsse aus plan- und außerplanmäßigen Tilgungen zurückzuführen, die durch das Neugeschäft nicht vollständig aufgefangen werden konnten.

Das solide Ergebnis ermöglicht die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von zwei Prozent und eine angemessene Dotierung der Rücklagen. Die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kennzahlen erfüllen wir schon heute. Die Gesamtkapitalquote liegt per 31.12.2017 bei 21,4 Prozent. Das Eigenkapital wird durch weitere Zuführungen um insgesamt 10,1 Millionen Euro weiter gestärkt.

Mitglieder



Kundeneinlagen



Kundenforderungen



Aufsichtsrechtliche Kennzahlen

Hartes Kernkapital



Gesamtkapital



Willkommen bei der WohlfühlBank!

Freundlich. Fair. Solide.



Der Vorstand 2017 von links nach rechts: Jochen Ramakers, Andreas Dill (Vorsitzender), André-Christian Rump (stellvertretender Vorsitzender), Niclas Bychowski

**Liebe Leserinnen und Leser,
sehr geehrte Kunden und Mitglieder,**

seit mehr als 110 Jahren bestimmen die genossenschaftlichen Werte unser Handeln: Solidität, Solidarität, Kontinuität. Darauf haben unsere Kunden und Mitglieder auch 2017 vertraut.

Die anhaltenden Negativzinsen und regulatorischen Anforderungen haben sich erwartungsgemäß ausgewirkt. Trotz dieses Marktumfeldes haben wir ein solides Geschäftsergebnis erzielt und unser Eigenkapital weiter gestärkt. Das gibt uns Sicherheit für die Zukunft.

Mit unserem Geschäftsmodell und einer hohen Gesamtkapitalquote sind wir gut aufgestellt und können uns auf unsere Stärken konzentrieren. Immer mehr Kunden erwarten höchste Flexibilität und Bequemlichkeit bei der Erledigung ihrer Bankgeschäfte. Wir kombinieren daher modernes digitales Banking mit unserer hohen Beratungskompetenz.

So bleiben wir genossenschaftlich und solidarisch zusammenstehend, freundlich und fair auch in Zukunft die WohlfühlBank!

Herzliche Grüße
Ihr

Vorstand der Sparda-Bank Hannover eG

Organe



Der Aufsichtsrat 2017 von links nach rechts: Thomas Hermann, Jürgen Köhn, Sven Hitz, Susanne Steinert, Karl Eickmeier, Peter Strüber (Vorsitzender), Rita Scharff (stellvertretende Vorsitzende) und Jörg Dreyer. Nicht auf dem Bild: Dominic Sauer.

Vorstand

Andreas Dill, Vorstandsvorsitzender,
André-Christian Rump, stellvertretender Vorstandsvorsitzender
Jochen Ramakers
Niclas Bychowski

Aufsichtsrat bis 23. Juni 2017

Peter Strüber, Vorsitzender
Rita Scharff, stellvertretende Vorsitzende
Susanne Bodle
Dr. Thorsten Eichenauer
Karl Eickmeier
Thomas Hermann
Sven Hitz
Jürgen Köhn
Dominic Sauer

ab 23. Juni 2017

Peter Strüber, Vorsitzender
Rita Scharff, stellvertretende Vorsitzende
Jörg Dreyer
Karl Eickmeier
Thomas Hermann
Sven Hitz
Jürgen Köhn
Dominic Sauer
Susanne Steinert (vorher: Bodle)

Vertreterversammlung bis 23. Juni 2017/ab 23. Juni 2017

Die Vertreterversammlung
besteht aus 194 Mitgliedervertretern.

Verbandszugehörigkeit bis 23. Juni 2017/ab 23. Juni 2017

Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt/Main
Bundesverband der Deutschen Volksbanken
und Raiffeisenbanken, Berlin

A. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

der Sparda-Bank Hannover eG

I. Grundlagen der Bank

Die Sparda-Bank Hannover eG ist eine Bank für Privatkunden wie Angestellte, Beamte, Rentner und sonstige Privatpersonen. Diesen Kundengruppen bieten wir bedarfsgerechte und moderne Bankprodukte sowie eine gute Service- und Beratungsqualität an. Unsere Kunden stammen nahezu ausschließlich aus dem Einzugsbereich der Bank. Das Geschäftsgebiet der Bank erstreckt sich auf Teile von Niedersachsen und Ostwestfalen-Lippe sowie das Bundesland Bremen.

Unsere Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Der bereits seit dem Jahr 2013 andauernde Konjunkturaufschwung in Deutschland schritt in 2017 weiter voran und führte erneut zu einem überdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte nach ersten amtlichen Schätzungen gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozent zu und expandierte damit noch etwas stärker als in 2016 (+1,9 Prozent).

Haupttreiber des gesamtwirtschaftlichen Wachstums waren in 2017 abermals die staatlichen und privaten Konsumausgaben. Angesichts der unvermindert günstigen Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung sowie der nach wie vor lediglich moderaten Teuerung der Verbraucherpreise erhöhten die privaten Haushalte ihre Ausgaben ähnlich deutlich wie in 2016 (+2,0 Prozent gegenüber +2,1 Prozent). Der Privatkonsum war zusammen mit den Konsumausgaben des Staates, die um 1,4 Prozent stiegen, für 1,4 Prozentpunkte des BIP-Wachstums verantwortlich.

Bei den Bauinvestitionen blieb das Wachstumstempo hoch (+2,6 Prozent). Insbesondere in Wohngebäude wurde angesichts der soliden Einkommenszuwächse und der niedrigen Finanzierungskosten deutlich mehr investiert. Der gewerbliche und der öffentliche Bau wurden durch Faktoren wie die steigenden Ausrüstungsinvestitionen und die bessere Finanzlage vieler Kommunen angeregt.

Der öffentliche Gesamthaushalt erzielte 2017 das vierte Jahr in Folge einen Finanzierungsüberschuss. Zwar kam es aufgrund der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und der vom Bundesverfassungsgericht verlangten Rückzahlung der Kernbrennstoffsteuer zu erheblichen Haushaltsbelastungen. Diese Belastungen konnten jedoch durch weiterhin kräftig sprudelnde Steuer- und Beitragseinnahmen sowie Einsparungen bei den Zinsausgaben mehr als ausgeglichen werden.

Am Arbeitsmarkt setzten sich die günstigen Trends der Vorjahre fort. Die Anzahl der erwerbstätigen Menschen mit inländischem Arbeitsort stieg im Vorjahresvergleich um 638.000 auf rund 44,3 Millionen. Wichtigster Motor des Arbeitskräftezuwachses war weiterhin der Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Demgegenüber war die Zahl der Arbeitnehmer, die ausschließlich einen Minijob ausüben, und die Zahl der Selbstständigen erneut rückläufig. Die Arbeitslosenzahl sank von knapp 2,7 Millionen Menschen in 2016 auf etwa 2,5 Millionen. Die Arbeitslosenquote nahm im Vorjahresvergleich um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent ab und befand sich damit auf dem niedrigsten Stand seit der deutschen Wiedervereinigung.

Im Jahresdurchschnitt legten die Verbraucherpreise um 1,8 Prozent zu und damit stärker als in 2016 (+0,5 Prozent).

Die Europäische Zentralbank EZB hat in 2017 an ihrem extrem expansiven Kurs festgehalten. Die europäischen Notenbanker beließen die Leitzinsen für den Euroraum unverändert auf deren historisch niedrigem Niveau. So blieb der EZB-Hauptrefinanzierungssatz für die Finanzinstitute des Euroraumes bei 0,0 Prozent und der Einlagensatz mit –0,4 Prozent im negativen Bereich. Darüber hinaus setzte die EZB ihr Anleiheaufkaufprogramm fort. Die europäische Notenbank kaufte bis einschließlich März im Rahmen ihres Asset Purchase Programmes (APP) monatlich Wertpapiere im Wert von 80 Mrd. Euro. Wie auf der EZB-Ratssitzung vom Dezember 2016 beschlossen, verlängerte der EZB-Rat das Aufkaufprogramm bis zum Ende des Jahres, allerdings mit einem niedrigeren monatlichen Aufkaufvolumen in Höhe von 60 Mrd. Euro. Die EZB begründete ihr Festhalten am ausgesprochen expansiven geldpolitischen Kurs in 2017 mit der anhaltend schwachen Dynamik bei den Verbraucherpreisen und der noch nicht ausreichend guten konjunkturellen Entwicklung im Euroraum. Vor dem Hintergrund des im Jahresverlauf anziehenden Aufschwungs im Euroraum beschloss der EZB-Rat im Oktober 2017 zwar eine Verlängerung des Programms bis mindestens September 2018, dies allerdings mit einem ab Januar 2018 erneut verringertem monatlichen Kaufvolumen von 30 Mrd. Euro.

Die Gruppe der Kreditgenossenschaften, zu der auch die Sparda-Banken gehören, ist eine der größten Bankengruppen Deutschlands. Die rund 1.000 Genossenschaftsbanken werden von ihren über 18 Millionen Mitgliedern, also Teilhabern ihrer Bank getragen. Dies unterscheidet Kreditgenossenschaften von allen anderen Kreditinstituten.

II.2 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Hannover eG

Die Geschäftsentwicklung war im Geschäftsjahr 2017 von den schwierigen Rahmenbedingungen des sich verschärfenden Niedrigzinsniveaus geprägt. Die Entwicklung des Kundenkreditgeschäftes blieb hinter den Prognosen zurück, während die Kundeneinlagen erneut kräftig gestiegen sind. Der erzielte Jahresüberschuss entsprach den Erwartungen.

Im Einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Bilanzsumme	4.887.040	4.707.936	+	179.104	3,8
Außerbilanzielle Geschäfte	1.109.531	1.222.330	-	112.799	9,2

Ausgehend von der Entwicklung der Spareinlagen und täglich fälligen Kundeneinlagen hat die Bank im Berichtszeitraum ein über dem Vorjahr liegendes Wachstum der Bilanzsumme zu verzeichnen.

Die außerbilanziellen Geschäfte setzen sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 995 TEUR, aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 168.536 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 940.000 TEUR zusammen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Kundenforderungen	3.234.969	3.325.897	-	90.928	2,7
Wertpapiere	565.419	540.962	+	24.457	4,5
Forderungen an Kreditinstitute	774.474	521.165	+	253.309	48,6

Die Entwicklung des Kreditgeschäftes verlief nicht ganz zufriedenstellend. Die starken Rückflüsse aus plan- und außerplanmäßigen Tilgungen konnten durch Neugeschäft nicht kompensiert werden.

Der Liquiditätszufluss aus diesen Rückzahlungen und aus den Kundenzahlungen lässt sich weder bei den Forderungen an Kreditinstitute noch bei den Wertpapieren adäquat investieren. Diese Entwicklung erzeugt eine entsprechende Überliquidität, die aufgrund der unter Banken üblichen Negativzinsen zu Ergebnisbelastungen führt. Im Laufe des Jahres 2017 wurden Maßnahmen zur Reduzierung der Liquidität eingeleitet, indem der Verkauf unserer Baufinanzierungen auf Internet-Kreditvermittlungsplattformen intensiviert wurde.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	389.069	424.509	-	35.440	8,3
Spareinlagen von Kunden	1.340.302	1.296.733	+	43.569	3,4
andere Einlagen von Kunden	2.730.175	2.568.505	+	161.670	6,3

Erneut wurde vorhandene Liquidität dazu genutzt, um bestehende Refinanzierungsdarlehen bei Kreditinstituten in Höhe von 30.000 TEUR vorzeitig zurückzuzahlen.

Sofern unsere Kunden ihre Liquidität nicht auf ihrem Gehaltskonto vorgehalten haben, wurden aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase am Geld- und Kapitalmarkt vor allem Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten von unseren Kunden genutzt.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	4.447	3.317	+	1.130	34,1
andere Vermittlungserträge	1.990	2.462	-	472	19,2
Erträge aus Zahlungsverkehr	9.077	9.207	-	130	1,4

Die Weiterleitung der Liquiditätsströme in Investmentanlagen unseres Kooperationspartners Union Investment wurde intensiviert. Dadurch wurden entsprechende Erträge generiert. Rückgänge waren insbesondere bei anderen Vermittlungserträgen wie der Vermittlung von Versicherungen und Bausparverträgen zu verzeichnen.

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen betrugen im Berichtsjahr 684 TEUR. Neben notwendigen Ersatzinvestitionen waren auch Investitionen in unsere Telefonanlage erforderlich.

Personal- und Sozialbereich

Die Sparda-Bank Hannover eG beschäftigte im Jahr 2017 durchschnittlich 441 Angestellte.

Es befanden sich zu Beginn des Jahres elf Auszubildende in der Berufsausbildung. Zum 1. August 2017 wurden weitere zwei Auszubildende in ein Berufsausbildungsverhältnis aufgenommen. Insgesamt schlossen acht Auszubildende erfolgreich ihre Ausbildung ab, die in ein Angestelltenverhältnis übernommen wurden.

Im Jahr 2018 stellt die Sparda-Bank Hannover eG zwei neue Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Frei gewordene und neu entstandene Stellen inklusive Führungspositionen konnten überwiegend mit eigenem Personal besetzt werden. So haben Mitarbeiter die Chance erhalten, ganz neue Aufgabenbereiche zu übernehmen.

Die Führungskräfte, Mitarbeiter und Auszubildenden wurden an 1.355 Seminartagen geschult. Hier hat die Sparda-Bank Hannover eG durchschnittlich rund 510 Euro pro Mitarbeiter investiert. Die Schwerpunkte der Qualifizierungsmaßnahmen bildeten die Fortbildungen zu rechtlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben, Vertiefung des Fachwissens im Wertpapier- und Baufinanzierungsgeschäft, die Führungskräfteentwicklung sowie die Entwicklung von Fachkarrieren.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Im Geschäftsjahr wurde beschlossen, das Rechenzentrum zu wechseln. Die Projektarbeiten haben bereits begonnen, damit die technische Migration voraussichtlich in 2020 durchgeführt werden kann.

II.3. Darstellung der Lage der Sparda-Bank Hannover eG

II.3.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	69.204	66.523	+	2.681	4,0
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2.412	2.039	+	373	18,3
Provisionsüberschuss ²⁾	9.329	11.260	-	1.931	17,1
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	31.628	31.068	+	560	1,8
b) andere Verwaltungsaufwendungen	27.554	27.206	+	348	1,3
Bewertungsergebnis ³⁾	-339	-956	+	617	64,5
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	19.244	19.131	+	113	0,6
Außerordentliches Ergebnis	-233	-	-	233	-
Steueraufwand	7.641	6.976	+	665	9,5
Jahresüberschuss	4.570	6.005	-	1.435	23,9

1) GuV - Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

2) GuV - Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

3) GuV - Posten 13-16

Im Zinsüberschuss 2017 sind 6.602 TEUR (2016: 13.464 TEUR) zusätzlicher Zinsaufwand durch die Zahlung von Vorfälligkeitsentgelt im Zusammenhang mit der vorzeitigen Rückzahlung von Refinanzierungsdarlehen enthalten. Diese Maßnahme wurde zur Reduzierung vorhandener überschüssiger Liquidität vorgenommen. Die Entwicklung des um diese Effekte bereinigten Zinsüberschusses ist negativ und steht im Kontext zur allgemeinen Zinsentwicklung.

Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren beinhalten ausschließlich Ausschüttungen aus Eigenanlagenfonds.

Der Provisionsüberschuss wird insbesondere durch Provisionsaufwendungen belastet, die aus dem Absatz unserer Angebote auf Internet-Kreditvermittlungsplattformen entstanden sind. Die hierfür gezahlten Provisionen werden durch den Zinsertrag in den Folgejahren überkompensiert.

Die Verwaltungsaufwendungen sind leicht gestiegen. Ausschlaggebend dafür waren insbesondere die Aufwendungen für die Altersversorgung bei rückläufigem Bewertungszins und erhöhter Aufwand für Beratung und Prüfung, aber auch für Instandhaltung.

Der Bewertungsaufwand konnte aufgrund der guten Qualität im Kundenkreditgeschäft reduziert werden.

Bei dem außerordentlichen Ergebnis handelt es sich um Migrationsaufwand, der direkt aus dem beabsichtigten Wechsel des Rechenzentrums entstanden ist.

Der Jahresüberschuss entspricht den Erwartungen und wird vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes als zufriedenstellend bezeichnet. Der Jahresüberschuss erlaubt bei einer Dividende von zwei Prozent eine angemessene Dotierung der offenen Rücklagen.

II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr stets gegeben.

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr jederzeit aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der Liquiditätsverordnung sowie der CRR) zu erfüllen und bieten ausreichend Freiraum für die Fortführung des Bankgeschäftes im Rahmen der strategischen Planung.

II.3.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	64.458	64.830	-	372	0,6
Rücklagen	147.550	143.463	+	4.087	2,8

Die Bank verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung. Sie entspricht den Anforderungen und erlaubt darüber hinaus ein stetiges Geschäftswachstum in den nächsten Jahren. Durch Gewinnthesaurierung konnte bei leichtem Rückgang der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder das Eigenkapital weiter gestärkt werden. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 143.950 TEUR (Vorjahr 137.150 TEUR).

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG [Quotient aus Nettogewinn (Anmerkung: Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme] beläuft sich auf 0,09 Prozent.

Wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (Aktiva 4) an der Bilanzsumme beträgt 66,2 Prozent. Im Kundenkreditgeschäft findet aufgrund unserer Kundenstruktur eine Risikostreuung auf viele Einzelkreditnehmer statt. Finanzierungen mit einem Volumen von mehr als 400 TEUR sind die Ausnahme. Ihr prozentualer Anteil am gesamten Kundenkreditvolumen beträgt per 31. Dezember 2017 1,1 Prozent. Akute Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen abgeschirmt. Latente Risiken sind durch Vorsorgereserven abgedeckt.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Anlagevermögen	36.149	11.192	+	24.957	223,0
Liquiditätsreserve	529.270	529.770	-	500	0,1

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 11,6 Prozent an der Bilanzsumme. Sämtliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Darüber hinaus ergaben sich Kursreserven zum Bilanzstichtag.

Im Anlagevermögen wurde weiter in Immobilienfonds investiert.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) wurden Zinsderivate in einem Umfang von 940.000 TEUR eingesetzt. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen.

II.4 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich die Sparda-Bank Hannover eG im Berichtsjahr trotz schwieriger Rahmenbedingungen des sich verschärfenden Niedrigzinsniveaus gut behauptet hat.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist als angemessen zu bezeichnen.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

III.1.1 Ziele und Strategien

Das Risikomanagement ist für die Bank eine zentrale Aufgabe und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise auch über den Bilanzstichtag hinaus darzustellen.

Insofern umfassen die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse das komplette Risikomanagement im betriebswirtschaftlichen Sinne einschließlich der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation aller wesentlichen Risiken.

Die Einbindung des Risikomanagements in das Gesamtbanksteuerungssystem dient zugleich der Erkennung und Nutzung von Chancenpotenzialen.

Die Ausgestaltung des Risikomanagements ist bestimmt durch eine nachhaltige Geschäfts- und Risikostrategie, die aufzeigt, mit welchen strategischen Zielen und Maßnahmen die langfristige Existenz der Bank dauerhaft gesichert werden soll.

III.1.2 Verfahren zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken

Alle eingegangenen Geschäfte sind mit Risiken versehen. Die Identifizierung, Limitierung, Messung, Steuerung und Kommunikation dieser Risiken erfolgt im Rahmen des Gesamtbanksteuerungsprozesses, der alle Aktivitäten auf Basis der Geschäfts- und Risikostrategie vereint und gemäß der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) für Kreditinstitute ausgerichtet ist.

Identifikation

Grundlage für ein erfolgreiches Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Analyse aller für die Bank wesentlichen Risiken.

Im Rahmen der jährlichen oder anlassbezogenen Risikoinventur identifiziert, quantifiziert, beurteilt und dokumentiert die Bank die Risiken, die die Vermögens- (inklusive Kapitalausstattung), Ertrags- oder Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können. Die Inventur betrifft ebenfalls die damit verbundenen Risikokonzentrationen auf Gesamtinstitutsebene.

Bewertung

Im Rahmen der Risikoinventur erfolgt die qualitative Einstufung der Risikoarten in die aufsichtsrechtlichen Kategorien „wesentliches Risiko“ bzw. „unwesentliches Risiko“. Als wesentliche Risiken wurden folgende Risikokategorien identifiziert:

- ➔ Adressenrisiken
- ➔ Marktpreisrisiken
- ➔ Liquiditätsrisiken
- ➔ Operationelle Risiken
- ➔ Vertriebs- und Betriebsrisiken

Steuerung und Überwachung

Die Risikotragfähigkeit stellt die betriebswirtschaftliche Grundlage der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse dar.

In der GuV-orientierten Betrachtung sind Risiken nur in der Höhe einzugehen, dass der Fortbestand der Bank auch bei Realisierung dieser Risiken aufsichtsrechtlich nicht gefährdet wird (Going-Concern-Ansatz, d. h. Fortführung des Unternehmens).

Die periodische Risikosteuerung ist auf einen rollierenden Horizont von zwölf Monaten ausgerichtet.

Die zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmassen werden im Rahmen der aktuellen Ergebnisvorschau regelmäßig überprüft. Daraus werden die Risikolimiten nur in der Höhe abgeleitet, dass sie mit dem Going-Concern-Ansatz vereinbar sind.

In der strategischen Steuerung besteht das Ziel der risiko- und ertragsoptimalen Aufteilung und Anlage des Vermögens der Bank im Rahmen der strategischen Asset Allokation. Die Steuerung der einzelnen Risiko- und Vermögensklassen ist passiv ausgerichtet, d. h., sie orientiert sich an der gewählten Benchmark. Zur Einhaltung der passiven Ausrichtung wurde ein Abweichungslimit definiert.

Die Risiken der einzelnen Risikoklassen werden unter Berücksichtigung der Korrelationen dieser Risikoklassen untereinander gemessen und als barwertiges Risiko ausgewiesen. Die Sparda-Bank Hannover eG ermittelt das barwertige Risiko mit dem Normal-Copula-Verfahren bei einer Haltedauer von zwölf Monaten und einem Konfidenzniveau von 99 Prozent. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit werden die sich aus den Korrelationsannahmen ergebenden risikomindernden Effekte allerdings eliminiert, um die Risikolage des Hauses hinreichend konservativ zu ermitteln.

Die Risikolage wird dem Vorstand im monatlichen Risikobericht aufgezeigt. Der Aufsichtsrat erhält den Risikobericht quartalsweise sowie wesentliche Kennzahlen zur Gesamtbanksteuerung im monatlichen Rhythmus.

Zusätzlich werden bei Überschreiten definierter Beobachtungsmarken Ad-hoc-Berichte erstellt, die bei Bedarf Steuerungsmaßnahmen nach sich ziehen.

Auf Basis der aktuellen Ergebnisvorschau und des Risikoberichtes werden Steuerungsmaßnahmen abgeleitet. Die Gesamtbanksteuerung wird bestimmt durch die Verbindung von internen Steuerungsgrößen, die ökonomisch ausgerichtet sind, und externen Größen, die zum Beispiel durch handelsrechtliche oder aufsichtsrechtliche Vorgaben geprägt sind. Die integrierte Betrachtung beider Sichten erlaubt eine gezielte Steuerung.

Die angewandten Methoden zur Messung und Steuerung der Risikoarten werden regelmäßig überprüft, kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig den aufsichtsrechtlichen sowie bankinternen Anforderungen und den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst.

Im Rahmen der Organisation erfolgt eine konsequente Trennung zwischen Handels- und Nichthandels- bzw. Markt- und Marktfolgebereichen sowohl innerhalb der Aufbau- als auch der Ablauforganisation, so dass die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems gewährleistet ist. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagementaktivitäten wird gemäß den MaRisk durch die Interne Revision geprüft.

III.1.3 Stresstests

Im Rahmen der regelmäßigen und anlassbezogenen Risikoquantifizierung werden auch umfangreiche Stresstests durchgeführt, in denen die Auswirkungen ungewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse auf den Geschäftsbetrieb der Bank simuliert werden.

III.2 Risikokategorien

III.2.1 Adressenausfallrisiken

Unter Adressenrisiken werden die möglichen Verluste verstanden, die sich durch den teilweisen oder vollständigen Ausfall oder eine Bonitätsverschlechterung eines Kreditnehmers oder Vertragspartners ergeben können. Wir unterscheiden zwischen klassischem Adressenausfallrisiko des Kundenkreditgeschäftes sowie dem Kontrahenten- und Emittentenrisiko des Eigengeschäftes.

Die Adressenrisiken werden zusätzlich zu den internen Limiten aufsichtsrechtlich durch Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der CRR begrenzt. Diese Vorgaben werden stets eingehalten.

Kreditrisiken

Alle Kreditnehmer werden nach bankinternen Beurteilungskriterien in Risikogruppen eingestuft. Dazu nutzt die Bank externe und interne Ratings. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumen und Blankoanteilen ausgewertet und in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Die Einstufungen werden regelmäßig überprüft und in einem vierteljährlichen Risikobericht dargestellt. Dieser Quartalsbericht gibt unter anderem Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Größenklassen, Rating und Besicherung. Zur Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäftes bestehen beispielsweise Limite hinsichtlich des risikorelevanten Geschäftes oder des Ratings im Bestand und Neugeschäft.

Die Ermittlung der periodischen Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft basiert auf historisch beobachteten Kreditausfällen unter Berücksichtigung des erwarteten Bewertungsergebnisses und der erwarteten Entwicklung des Kundenkreditvolumens. Das barwertige Adressenausfallrisiko ergibt sich aus der Verlustverteilung des Kundenkreditbestandes gemäß der oben genannten Einstufung nach Risikogruppen.

Kontrahenten- und Emittentenrisiken

Bevor mit einer Adresse im Eigengeschäft Handelsgeschäfte durchgeführt werden, ist ein Votierungsprozess zu durchlaufen, der mindestens einmal jährlich wiederholt wird. Zur Begrenzung der Adressenrisiken im Eigengeschäft werden Direktanlagen grundsätzlich nur bei europäischen Emittenten in Euro getätigt.

In der Direktanlage sind zur Risikodiversifizierung die einzelnen Engagements jeder Kreditnehmereinheit in Abhängigkeit von der Bonität und Besicherung in der Höhe limitiert. Dabei müssen diese Anlagen bzw. Emittenten beim Erwerb von international anerkannten Ratingagenturen beurteilt und mindestens mit einem Investment Grade Rating eingestuft worden sein. Die externen Ratings werden durch interne Risikoüberwachungsmechanismen begleitet.

Zur Gewährleistung eines unter Bonitäts Gesichtspunkten soliden Eigengeschäftes gelten neben den emittentenbezogenen Limiten auch Strukturlimite im Gesamtbestand für Anlagen außerhalb Deutschlands sowie hinsichtlich des Ratings. Ergänzend erfolgt eine Spreadüberwachung der zulässigen Emittenten und der im Bestand befindlichen Positionen. Im Eigengeschäft werden Ausfall-, Spread- und Migrationsrisiken in periodischer und barwertiger Sichtweise berücksichtigt.

Zur Umsetzung der strategischen Asset Allokation im Spezialfonds werden Fonds erworben. Diese werden mindestens einmal jährlich hinsichtlich ihres Risikogehaltes und ihrer Wirksamkeit bezüglich der strategischen Asset Allokation analysiert.

Im Rahmen der strategischen Asset Allokation finden indirekt auch Anlagen außerhalb Europas statt, die in der Höhe limitiert sind. Die eingesetzten Risikomodelle sind hinreichend konservativ gewählt, um die sich daraus ergebenden Risiken in der Risikotragfähigkeit abzubilden.

Länderrisiken

Länderrisiken ergeben sich im Wesentlichen nur aus dem Eigengeschäft und werden durch Strukturlimite auf Basis des Gesamtbestandes gesteuert.

III.2.2 Marktpreisrisiken

Angesichts der Geschäftsstruktur beziehen sich die Marktpreisrisiken auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie auf Kursveränderungen im Direktbestand sowie in Spezialfonds. Das Zinsänderungsrisiko stellt die bedeutendste Risikoart innerhalb des Marktpreisrisikos dar.

Zinsänderungsrisiko

Die Fristentransformation ergibt sich im Wesentlichen aus der tendenziell längerfristigen Bindung auf der Aktivseite verglichen mit der in weiten Teilen kurzfristigeren Mittelaufnahme auf der Passivseite, so dass sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen auf den

Unternehmenserfolg der Bank niederschlagen. Die Zinsänderungsrisiken messen und steuern wir periodisch und barwertig mit einem System, das die Risiken rechtzeitig erfasst und quantifiziert sowie diese auf die internen Limite anrechnet. Die risikobegrenzenden Limite sind so festgesetzt, dass Gegenmaßnahmen ergriffen werden können, bevor die Risikotragfähigkeit deutlich tangiert wird.

In der periodischen Betrachtung werden mithilfe von Szenarioanalysen die Auswirkungen von Zinsänderungsrisiken auf das Zinsergebnis der Bank untersucht. Zur Quantifizierung der Bewertungsrisiken wird der gesamte Wertpapier- und Fondsbestand des Eigengeschäftes unter Zugrundelegung stichtagsbezogener Zinssätze und Kurse bewertet.

Darüber hinaus werden regelmäßig die Risiken aus möglichen Zins- und Kursänderungen analysiert.

Sonstige Marktpreisrisiken

Die Bank hat sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen definierter Limite getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotenzial der Geschäfte sind durch ein an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiertes System begrenzt.

Ein Handelsbuch im Sinne der CRR unterhalten wir nicht. Die von uns genutzten Finanzinstrumente dienen der Anlage oder Absicherung im Rahmen unserer Liquiditätsreserve und werden dem Anlagebuch zugeordnet.

III.2.3 Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken entstehen, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können (Liquiditätsrisiken im engeren Sinne) oder wenn die Liquidität nur zu veränderten Marktpreisen beschafft werden kann (Refinanzierungsrisiko).

Zur Vermeidung des Risikos der Illiquidität ist u.a. die aufsichtsrechtlich definierte LCR (Liquidity Coverage Ratio – Mindestliquiditätsquote) einzuhalten. Die LCR fungiert als Kennzahl des kurzfristigen Liquiditätsrisikos jedes Kreditinstitutes und stellt das Verhältnis zwischen liquiden Aktiva und möglichen Zahlungsabflüssen der nächsten 30 Tage dar. Ab 2018 ist eine LCR von mindestens 100 Prozent einzuhalten. In der internen Steuerung ist die aufsichtsrechtliche Mindestkennzahl um einen zusätzlichen Puffer von derzeit zehn Prozent erhöht zu erfüllen.

Die Finanzplanung der Bank ist streng darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Im genossenschaftlichen Finanzverbund stehen ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung, um unerwartete Zahlungsstromschwankungen aufzufangen. Ergänzend werden bei der EZB qualitativ hochwertige und im Volumen angemessene Wertpapierbestände im Pfanddepot vorgehalten. Darüber hinaus ist ein Mindestzeitraum einzuhalten, um verstärkte Zahlungsmittelabflüsse ohne finanzielle Hilfe Dritter durch Vorhalten ausreichender liquider Mittel zu überstehen (Survival Period).

In der Liquiditätsübersicht werden die erwarteten Zahlungsmittelzu- und -abflüsse gegenübergestellt. Die schon entstandenen und die sich aus den möglichen Refinanzierungsnotwendigkeiten ergebenden zukünftigen Refinanzierungskosten werden über ein geeignetes Kostenverrechnungssystem im Rahmen der Gesamtbanksteuerung berücksichtigt.

Aus der Liquiditätsübersicht werden zusätzlich Risikoszenarios abgeleitet. Diese Risikoszenarios berücksichtigen verstärkte Zahlungsmittelabflüsse durch Abschmelzung der Einlagen oder verstärkten Abruf eingeräumter Kreditlinien.

Die Kosten der Ersatzbeschaffung dieser Zahlungsmittel zu erhöhten Konditionen werden quantifiziert und stellen das Refinanzierungsrisiko dar.

III.2.4 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind Gefahren von Verlusten, die in betrieblichen Systemen und Prozessen (inkl. IT-Systemen und ausgelagerten Aktivitäten) begründet liegen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Es wurden Steuerungsinstrumente für das Management operationeller Risiken entwickelt, die eine regelmäßige Analyse und Identifizierung von Schwachstellen und Optimierungsmöglichkeiten von Prozessen liefern.

Die Ablaufprozesse der Sparda-Bank Hannover eG und die Funktionsfähigkeit der technischen Systeme werden laufend den internen und externen Erfordernissen angepasst. Die wesentlichen betrieblichen Abläufe sind in Arbeitsanweisungen geregelt und werden durch die Interne Revision überwacht. Versicherbare Gefahrenpotenziale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Die Umsetzung der Anforderungen aus § 25h Abs. 2 KWG erfolgt durch die HGB Hanseatische Gesellschaft für Beauftragtenwesen eG, mit der ein Geschäftsbesorgungsvertrag geschlossen wurde, in dem die Funktion der Zentralen Stelle gemäß § 25h Abs. 9 KWG geregelt ist (Beauftragter zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbarer Handlungen).

Die Ermittlung und Abbildung operationeller Risiken in der Risikotragfähigkeit erfolgt anhand von internen Risikoeinschätzungen bzgl. der Geschäftsprozesse, der Risiken der IT-Systeme und IT-Sicherheit sowie der wesentlichen Auslagerungen. Aufgrund der geplanten Rechenzentrumsmigration ergibt sich ein Projektrisiko, das im Bereich des operationellen Risikos abgebildet wird.

III.2.5 Vertriebs- und Betriebsrisiko

Als Vertriebs- und Betriebsrisiken werden Abweichungen im Kundengeschäft definiert, die aus einer Unterschreitung der geplanten Erträge durch Volumen- und Margenabweichungen sowie im Provisionsergebnis oder einer Überschreitung der geplanten Betriebsaufwendungen entstehen oder durch eine Kombination beider Effekte eintreten können.

Die Berechnung des GuV-wirksamen Vertriebs- und Betriebsrisikos erfolgt über die Schwankungen der Konditionsbeiträge im Zinsgeschäft, die Abweichungen des Provisionsergebnisses und die Entwicklung der Betriebsaufwendungen. Die Überprüfung dieser Entwicklung erfolgt im Rahmen der Ergebnisvorschaurechnung und der Zielerreichung im Vertrieb.

III.3 Gesamtbild der Risikolage

Nach zusammenfassender Betrachtung der allgemeinen und besonderen Risiken kann festgestellt werden, dass zurzeit keine existenzgefährdenden Risiken bestehen. Darüber hinaus ist die Bank in der Lage, aufgrund ihres vorhandenen Risikodeckungspotenzials beim Auftreten von Risikofaktoren einen entsprechenden Ausgleich zu bewirken.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Sparda-Bank Hannover eG erwartet in den nächsten Jahren einen unverändert anhaltenden harten Wettbewerb im Kundengeschäft. Zur Schärfung des bestehenden Geschäftsmodells und zur Optimierung ihrer Kunden- und Produktphilosophie wird die Sparda-Bank Hannover eG dem Weg ihrer eingeschlagenen Strategie weiter folgen.

Zur konsequenten Entwicklung und langfristigen Bindung unserer Bestandskunden werden wir unsere Aktivitäten weiterhin auf die vier definierten Bedarfswelder „Bauen und Wohnen“, „Geldanlage“, „Vorsorge“ sowie „Girokonto“ konzentrieren. Insofern bleibt das Kundengeschäft auch weiterhin das Kerngeschäft.

Seit vielen Jahren steht die Gewinnung von Gehaltskonten und Baufinanzierungen im Mittelpunkt unserer Vertriebsaktivitäten, wobei für die kommenden Jahre der Vertrieb von Baufinanzierungen und die Vermittlung von Investmentfonds eine noch größere Bedeutung erlangen werden. Hier erwarten wir einen starken Zuwachs im Neugeschäft.

Die Eigengeschäfte unterstützen und ergänzen die Kundengeschäfte. Die bedeutendste Risikoklasse Zinsbuch wird passiv, d. h. benchmarknah, im Rahmen eines Abweichungslimits, gesteuert. Weitere Risikoklassen werden über das Fondsbuch abgebildet. Innerhalb der Weiterentwicklung der strategischen Asset Allokation wird die Mischung verschiedener Risikoklassen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Anforderungen an den Geschäftsbetrieb sind gerade aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung in den nächsten Jahren von

einem hohen Anspruch an die Kundenzufriedenheit bei gleichzeitiger kostengünstiger Leistungserstellung und schneller Abwicklung geprägt.

Die Bank ist daher bestrebt, ihre Effizienz dauerhaft zu steigern, indem sie die Produkte und Prozesse – stets mit Blick auf den Kunden – digitalisiert, optimiert und automatisiert. Hierzu betreibt sie eine ständige Ertragssteuerung und ein aktives Kostenmanagement.

Mit allen Geschäftsaktivitäten will die Bank weiter nachhaltig Eigenmittel schaffen, um weiterhin eine langfristige Existenzsicherung auch unter den verschärften regulatorischen Anforderungen zu ermöglichen. Von grundlegender Bedeutung ist das zinsabhängige Kundengeschäft. Der Zinsüberschuss wird langfristig durch das sich verschärfende Niedrigzinsniveau bei anhaltend starkem Wettbewerb im Privatkundenbereich belastet.

Die Sparda-Bank Hannover eG erwartet daher in den beiden nächsten Geschäftsjahren trotz des geplanten Ausbaus des Baufinanzierungsgeschäftes und gleichbleibender Bestandsentwicklung der Kundeneinlagen eine tendenziell rückläufige Ergebnisentwicklung. Das Ergebnis aus dem Kundengeschäft trägt weiterhin den maßgeblichen Anteil am Gesamtergebnis. Der auch in der Vergangenheit nur ergänzende Ergebnisbeitrag aus dem Eigengeschäft über Fristentransformation und Eigenkapitalanlage wird sich aufgrund des Niedrigzinsniveaus weiter reduzieren. Unter diesen Rahmenbedingungen wächst die Bedeutung eines effizienten Kostenmanagements.

Mit dem geplanten Ausbau des Baufinanzierungsgeschäftes können sich die Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft tendenziell erhöhen. Aufgrund der bestehenden Limitierung, der vergleichsweise hohen Granularität des Portfolios und der bestehenden Reserven sollten mögliche Ausfälle verkraftbar sein.

Aufgrund der guten Bonität der Eigenanlagen und des geltenden Systems an Struktur- und Emittentenlimiten erwartet die Bank keine erhöhten Ausfallrisiken im Eigengeschäft.

Den ermittelten Risiken stehen ausreichend Risikodeckungsmassen gegenüber. Die bisher gute Eigenmittelausstattung soll auch in Zukunft aus dem Ergebnis weiter nachhaltig gestärkt werden.

Die Überprüfung der Zukunftsfähigkeit des Geschäftsmodells erfolgt u. a. im Rahmen der Kapitalplanung. Anhand von Szenarioanalysen für fünf Kalenderjahre werden mögliche Entwicklungen der Ergebnis- und Vermögenslage aufgezeigt. Daraus können bei Bedarf frühzeitige Gegensteuerungsmaßnahmen abgeleitet werden.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass, soweit vorstehend Prognosen oder Erwartungen geäußert wurden oder Aussagen die Zukunft betreffen, die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen hiervon abweichen können.

V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Hannover, den 05. März 2018

Sparda-Bank Hannover eG

Der Vorstand



Andreas Dill **André-Christian Rump** **Jochen Ramakers** **Niclas Bychowski**

B. Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies umfasste auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrates in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2017 hat der Aufsichtsrat insgesamt vier Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung, die Risikosituation, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen und die strategische Ausrichtung der Bank.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte unverändert einen Risiko- und Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss sowie einen Nominierungs- und Vergütungsausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Aufsichtsrates.

Der vorliegende Jahresabschluss 2017 mit Lagebericht wird vom Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und für in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Im Jahr 2018 scheiden turnusmäßig Herr Hitz und Herr Strüber aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl ist zulässig. Frau Scharff scheidet ebenfalls aus dem Aufsichtsrat aus, eine Wiederwahl ist nicht möglich.

Der Aufsichtsrat dankt den Vertreterinnen und Vertretern für ihre Unterstützung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Vorstand für die erfolgreiche Arbeit im Jahr 2017.

Hannover, 19. März 2018



Peter Strüber

(Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Jahresabschluss 2017

Sparda-Bank Hannover eG
Hannover

Jahresabschluss der Kreditinstitute in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft

Bestandteile Jahresabschluss

1. Jahresbilanz (Formblatt 1)
2. Gewinn- und Verlustrechnung (Formblatt 3 – Staffelform)
3. Anhang

1. Jahresbilanz zum 31.12.2017

Aktivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			28.154.510,13		33.678
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			243.672.148,51		242.728
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	243.672.148,51				(242.728)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	271.826.658,64	–
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			–		–
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–				(–)
b) Wechsel			–	–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			650.991.574,56		417.350
b) andere Forderungen			123.482.647,27	774.474.221,83	103.815
4. Forderungen an Kunden				3.234.968.788,42	3.325.897
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2.311.548.546,90				(2.357.606)
Kommunalkredite	–				(–)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		–			–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
ab) von anderen Emittenten		–	–		–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		56.994.580,00			67.988
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	50.954.500,00				(61.948)
bb) von anderen Emittenten		299.843.763,82	356.838.343,82		291.408
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	295.743.763,82				(287.308)
c) eigene Schuldverschreibungen			–	356.838.343,82	–
Nennbetrag	–				(–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				208.580.849,82	181.566
6a. Handelsbestand				–	–
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			9.672.515,91		9.673
darunter: an Kreditinstituten	9.146.662,44				(9.147)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			2.414.260,00	12.086.775,91	2.151
darunter: bei Kreditgenossenschaften	21.000,00				(21)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				25.924,39	–
darunter: an Kreditinstituten	–				(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
9. Treuhandvermögen				51.840,42	68
darunter: Treuhandkredite	51.840,42				(68)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				–	–
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–		–
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			326.935,00		214
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–		–
d) Geleistete Anzahlungen			–	326.935,00	–
12. Sachanlagen				21.171.705,91	23.423
13. Sonstige Vermögensgegenstände				4.721.382,55	5.494
14. Rechnungsabgrenzungsposten				161.374,96	260
15. Aktive latente Steuern				–	–
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				1.805.372,87	2.223
17. –				–	–
Summe der Aktiva				4.887.040.174,54	4.707.936

Passivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			3.236.127,06		1.470
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			385.832.678,10	389.068.805,16	423.039
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.329.864.391,48			1.287.711
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		10.437.729,29	1.340.302.120,77		9.022
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.673.414.372,30			2.489.504
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		56.760.514,02	2.730.174.886,32	4.070.477.007,09	79.001
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere		-			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		-			(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				51.840,42	68
darunter: Treuhandkredite	51.840,42				(68)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				3.029.041,78	4.419
6. Rechnungsabgrenzungsposten				79.388,14	112
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			9.234.307,21		8.899
b) Steuerrückstellungen			-		-
c) andere Rückstellungen			14.127.276,56	23.361.583,77	12.799
8. -				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				40.443.870,55	40.444
10. Genusssrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				143.950.000,00	137.150
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			64.458.156,96		64.830
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		23.842.000,00			23.231
cb) andere Ergebnisrücklagen		123.708.000,00			120.232
cc) -		-	147.550.000,00		-
d) Bilanzgewinn			4.570.480,67	216.578.637,63	6.005
Summe der Passiva				4.887.040.174,54	4.707.936
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			994.747,13		996
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	994.747,13	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			168.536.323,74	168.536.323,74	126.334
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2017

				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		117.225.096,80			131.838
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		2.326.844,89	119.551.941,69		3.228
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	1.665.912,51				(495)
2. Zinsaufwendungen			-50.347.586,67	69.204.355,02	-68.543
darunter: erhaltene negative Zinsen	-				(-)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			2.412.314,95		2.039
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			242.176,57		227
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	2.654.491,52	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			15.856.111,20		15.355
6. Provisionsaufwendungen			-6.526.924,23	9.329.186,97	-4.095
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				2.817.413,70	2.820
9. -				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-25.481.297,87			-25.499
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-6.146.793,74	-31.628.091,61		-5.569
darunter: für Altersversorgung	-1.815.832,75				(-1.247)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-27.553.512,11	-59.181.603,72	-27.206
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-2.796.267,76	-2.462
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-2.443.798,14	-2.046
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-1.034.319,43			(-911)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-345.612,88		-1.038
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-	-345.612,88	-
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			6.144,85	6.144,85	82
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18. -				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				19.244.309,56	19.131
20. Außerordentliche Erträge			-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-233.240,72		-
22. Außerordentliches Ergebnis				-233.240,72	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-7.484.595,22		-6.877
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-155.992,95	-7.640.588,17	-99
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-6.800.000,00	-6.150
25. Jahresüberschuss				4.570.480,67	6.005
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				4.570.480,67	6.005
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-	-	-
				4.570.480,67	6.005
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-	-	-
				4.570.480,67	6.005
28a. -				-	-
29. Bilanzgewinn				4.570.480,67	6.005

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

- ➔ Die Sparda-Bank Hannover eG, Hannover, ist beim Amtsgericht Hannover unter der Genossenschaftsregister-Nummer 220 eingetragen.
- ➔ Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- ➔ Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- ➔ Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Forderungen

Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag/Anlagebetrag als Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst wurde.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und unversteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Die Ermittlung der unversteuerten Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode. Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB gebildet.

Wertpapiere

Die Bewertung des gesamten Wertpapierbestands erfolgte nach den Grundsätzen des strengen Niederstwertprinzips.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund des eingebetteten derivativen Finanzinstruments wesentliche erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Chancen oder Risiken im Vergleich zum Basisinstrument aufweisen, liegen nicht vor.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaftsbanken sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten/Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Software wurde unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 410 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt. In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung nach dem Steuerrecht wurden beibehalten.

Latente Steuern

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde. Nennswerte passive Steuerlatenzen bestehen nicht. Aktive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere sowie bei den Rückstellungen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Die Rückstellungen für Pensionsanswartschaften wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren mit statischer Prämie berechnet. Hierbei liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2005 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert. Als Lohn- und Gehaltstrend wurden, soweit relevant, 5 Prozent und als Rententrend 2 Prozent angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte entsprechend unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2017 (3,68 Prozent). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 4.168.626 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden im Personalaufwand gezeigt.

Kongruent rückgedeckte Pensionszusagen, bei denen in der Zusage bei der Leistungshöhe auf die in der Rückdeckungsversicherung abgesicherten Leistungen verwiesen wird, wurden wie wertpapiergebundene Zusagen gemäß § 253 Abs. 1 HGB bewertet. D. h., dass solche Zusagen mit dem Zeitwert der Rückdeckungsversicherung angesetzt wurden.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der Rückdeckungsversicherung und wurden in Höhe von 20.868.864 EUR mit dem Erfüllungsbetrag der Pensionsverpflichtung verrechnet.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen (Wertsteigerungen/Zinsen des Deckungsvermögens) in Höhe von 227.522 EUR verrechnet.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv-Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2017 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 168.536.324 EUR betreffen 159.613.040 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag, ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1.450.505	240.445	-	a) - b) -	1.690.950	326.935	214.294
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	33.575.813	-	-	a) - b) -	33.575.813	16.917.474	17.980.955
b) Betriebs und Geschäfts- ausstattung	23.980.288	443.285	-	a) 202.398 b) -	24.221.175	4.254.232	5.441.716
Summe a	59.006.606	683.730	-	a) 202.398 b) -	59.487.938	21.498.641	23.636.965

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Ab- schreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1.236.211	-	-	-	127.804	-	1.364.015
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	15.594.858	-	-	-	1.063.481	-	16.658.339
b) Betriebs und Geschäfts- ausstattung	18.538.572	-	176.611	-	1.604.982	-	19.966.943
Summe a	35.369.641	-	176.611	-	2.796.267	-	37.989.297

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagever- mögens	11.252.985	24.896.412	36.149.397
Beteiligungen und Geschäfts- guthaben bei Genossen- schaften	11.823.276	263.500	12.086.776
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	25.924	25.924
Summe b	23.076.261	25.185.836	48.262.097
Summe a und b	82.082.867		69.760.738

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

➔ In den Forderungen an Kreditinstitute sind 749.602.719 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

➔ Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A3b) (ohne Bausparguthaben)	2.482.647	–	11.000.000	110.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	50.503.362	150.649.443	737.612.049	2.275.069.884

In den Forderungen an Kunden sind 21.134.050 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

➔ Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 21.323.539 EUR fällig.

➔ In den Forderungen und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	–	–	749.602.719	495.453.901
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	–	–	64.062.500	90.062.500

➔ Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 %:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Renditeerwartung	176.531.453	186.254.116	9.722.663	2.088.152	Ja

➔ Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Sparda Hannover Immobilien GmbH, Hannover	100,00	2017	24.998	2017	–2

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main	0,07	2016	10.256.271.554	2016	323.473.782
b) Norddeutsche Genossenschaftliche Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Hannover	0,04	2017	1.369.984.565	2017	47.177.437
c) Sparda-Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	6,25	2016	5.001.255	2016	990.099
d) Sparda-Consult Gesellschaft für Projekt- und Innovationsmanagement mbH, Nürnberg	7,88	2016	828.440	2016	-54.824

➔ In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	356.838.343	338.706.857	18.131.486	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	9.978.050	-	9.978.050	-
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	207.904	-	207.904	-

➔ Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

➔ In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
- Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	16.917.474
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.254.232

➔ Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
- Erstattungsansprüche gegenüber dem Finanzamt	495.565
- Provisionsansprüche gegenüber Kapitalanlagegesellschaften	1.867.511
- Erstattungen vom Rechenzentrum	1.020.298

➔ Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind 48.444 EUR Disagioträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten (Vorjahr: 80.087 EUR) enthalten.

➔ In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Aktiva 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere b) bb) Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	4.100.000	4.100.000

➔ In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 381.581.203 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	16.932.191	11.629.268	64.596.011	292.675.208
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	5.828	941.242	4.785.835	4.704.824
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	4.639.273	10.133.130	20.257.584	21.730.527

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
- Personalaufwand und Lohnsteuer	1.869.899
- Steuern (Abgeltungssteuer, KiSt, SolZ)	352.085

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende antizipative Beträge größeren Umfangs enthalten:

	EUR
- Personalaufwand und Lohnsteuer	1.869.899

- Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 40.643 EUR (Vorjahr: 73.918 EUR) enthalten.

- Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 920.850 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

	Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
	10.000.000	EUR	2,410	04.12.2024
	5.000.000	EUR	1,900	30.04.2025
	5.000.000	EUR	2,010	30.04.2025
	5.000.000	EUR	2,315	21.05.2025
	5.000.000	EUR	2,260	22.05.2025
	8.000.000	EUR	2,600	28.05.2027
Nominalbeträge von Mittelaufnahmen unter 10% des Gesamtbetrages	2.000.000	EUR		

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle des Insolvenzverfahrens oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Die Ursprungslaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens 10 Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff CRR).

- ➔ In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	–	–	381.581.203	417.800.753
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	24.998	–	–	–

- ➔ Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR	EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		62.656.565
b) der ausscheidenden Mitglieder		1.652.352
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		149.240
Rückständige fällige Pfeicht einzahlungen auf Geschäftsanteile	3	

- ➔ Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
	EUR	EUR
Stand 1. Januar 2017	23.231.000	120.232.000
Einstellungen		
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	611.000	3.476.000
Stand 31. Dezember 2017	23.842.000	123.708.000

- ➔ Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss (Bilanzgewinn) wie folgt zu verwenden:

	EUR
2,000 % Dividende auf Geschäftsguthaben	1.273.480,67
Gesetzliche Rücklage	460.000,00
Andere Ergebnismrücklagen	2.837.000,00
Insgesamt	4.570.480,67

- ➔ Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte (§ 36 RechKredV) folgender Art:
Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	<= 1 Jahr	> 1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC - Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	125,0	605,0	205,0	935,0	–56,7	0,2
Zinsoptionen - Käufe	–	–	5,0	5,0	0,1	–

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuchs im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt.

In der Bilanzposition „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind gezahlte Prämien aus Zins-Optionsgeschäften in Höhe von 209.000 EUR enthalten.

Die Berechnung „Beizulegender Zeitwert“ bei den Zins-Swaps wurde anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode vorgenommen. Dabei wurden die Zahlungsströme (Cashflows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert.

Bei den Optionen erfolgte die Berechnung „Beizulegender Zeitwert“ anhand anerkannter Optionspreismodelle. Danach bestimmte sich der Wert einer Option insbesondere nach dem Wert des zugrunde liegenden Basisobjekts und dessen Volatilität, dem vereinbarten Basispreis, Basiszinssatz oder Basisindex, dem risikolosen fristenadäquaten Zinssatz sowie der Restlaufzeit des Kontrakts.

Das den Geschäften innewohnende „Adressenrisiko“ wurde auf der Grundlage der Berechnung der Kreditäquivalente der CRR ermittelt und mit für den Vertragspartner zuzurechnendem Bonitätsgewicht angegeben.

- ➔ Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
Posten unter dem Strich bzw. außerhalb der Bilanz		
Derivate	Verpfändung von bankeigenen Wertpapieren	33.807.683

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- ➔ Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Außerordentliche Aufwendungen	EUR
Aufwendungen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Entscheidung zum Wechsel des Rechenzentrums stehen	233.241

E. Sonstige Angaben

- ➔ Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.
- ➔ Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2017 Pensionsrückstellungen in Höhe von 8.190.746 EUR.
- ➔ Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	1.350.029
Mitglieder des Aufsichtsrates	191.323

- ➔ Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.
- ➔ Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von 5.928.389 EUR.

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

- ➔ Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.
- ➔ Die Zahl der im Jahr 2017 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	260	181

Außerdem wurden durchschnittlich 7 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung		Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen
				EUR
Anfang	2017	253.917	1.208.868	62.861.136
Zugang	2017	4.594	30.712	1.597.024
Abgang	2017	8.513	34.646	1.801.592
Ende	2017	249.998	1.204.934	62.656.568

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	204.567
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	204.568
Höhe des Geschäftsanteils	52
Höhe der Haftsumme	52

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Hannover eG, Hannover

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Hannover eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- ➔ entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 und
- ➔ vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungssleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar:

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 3.235 Mio. EUR. Dies entspricht 66,2 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen

- ➔ die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Davon werden uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt:

- ➔ die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- ➔ wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- ➔ anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

➔ identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- ➔ gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- ➔ beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ➔ ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- ➔ beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- ➔ beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- ➔ führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- ➔ Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- ➔ Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- ➔ Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 36 Abs. 1 Satz 1 WpHG a. F.,
- ➔ Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- ➔ Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 19. März 2018

Verband der Sparda-Banken e.V.

gez. Uwe Sterz
Wirtschaftsprüfer

gez. i.V. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer

Dankeschön

Gemeinsam erreichen wir unsere Ziele schneller und effektiver als allein.
Dafür haben sich 2017 wieder viele Menschen engagiert. Ihnen allen sagen wir: Dankeschön!

Ein ganz besonderer Dank gilt unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Nur durch ihren persönlichen Einsatz sind wir nach innen und außen die WohlfühlBank!

Bei unseren Mitgliedern und Kunden bedanken wir uns für ihr Vertrauen und ihre Treue.
Den Mitgliedern des Aufsichtsrates und des Betriebsrates danken wir, dass sie ihre Aufgaben im Interesse unserer Bank und unserer Mitarbeiter verantwortungsvoll wahrnehmen.

Auch 2017 konnten wir wieder auf unsere Kooperationspartner bauen. Unser Dank gilt der DZ BANK AG, der Deutsche Bahn AG und dem Bundeseisenbahnvermögen, mit denen wir aus unserer Tradition heraus eng verbunden sind. Des Weiteren danken wir der Bausparkasse Schwäbisch Hall, den DEVK Versicherungen und Union Investment für ihre langjährige Partnerschaft sowie unseren jüngeren Partnern GENO Broker, Interhyp, Planethyp, Qualitypool und Hypoport.

Unserem Dachverband, dem Verband der Sparda-Banken e.V. in Frankfurt am Main, danken wir, dass er sich stets für unsere gemeinsamen Interessen stark macht.

Impressum

Herausgeber

Sparda-Bank Hannover eG
Ernst-August-Platz 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 3018-0
Telefax: 0511 3018-100
E-Mail: sparda@sparda-h.de
Webauftritt: www.sparda-h.de

Gestaltung und Herstellung

FFE media Medienmarketing GbR
Wolfener Str. 32-34, Haus M
12681 Berlin

Druck

gutenberg beuys feindruckerei gmbh
Hans-Böckler-Straße 52
30851 Langenhagen

Quellennachweis Bilder

Seite 3 Jonas Gonell
Seite 4 Jörg Kyas

Kontakt

Sparda-Bank Hannover eG
Unternehmenskommunikation
E-Mail: kommunikation@sparda-h.de

Kompetente Ansprechpartner vor Ort

1. Bremerhaven
2. Bremen, Contrescarpe-Center
3. Bremen (SB)
4. Bremen (SB)
5. Bremen, Vegesack
6. Delmenhorst
7. Uelzen
8. Celle
9. Wunstorf (SB)
10. Langenhagen (SB)
11. Lehrte (SB)
12. Hannover, Ernst-August-Platz
13. Hannover, Hildesheimer Straße
14. Hannover, Lister Platz
15. Hannover (SB)
16. Hannover (SB)
17. Hannover (SB)
18. Seelze (SB)
19. Wolfsburg
20. Braunschweig
21. Wolfenbüttel
22. Hildesheim
23. Hameln
24. Minden
25. Herford
26. Bielefeld
27. Bielefeld (SB)
28. Detmold
29. Gütersloh
30. Goslar
31. Northeim
32. Göttingen
33. Nienburg (SB)



Immer auf dem neusten Stand

Newsletter „sparda aktuell“

Mit dem Newsletter „sparda aktuell“ sind die Kunden immer bestens informiert! Hier gibt es bequem per E-Mail Neuigkeiten aus der Finanzwelt und rund um die Sparda-Bank Hannover. Das Abonnement ist ganz einfach über den QR-Code oder die Homepage möglich.



SpardaBlogApp

Mit der SpardaBlogApp bleiben die Leser per Push-Benachrichtigung auf dem Laufenden: aktuelle Informationen aus der Finanzwelt oder wertvolle Tipps rund um das Onlinebanking. Der Blog berichtet auch regelmäßig über aktuelle Projekte und Förderungen der STIFTUNG Sparda-Bank Hannover. Die SpardaBlogApp gibt es kostenlos im App Store oder im Google Play Store.

Banking von zu Hause und unterwegs

SpardaNet-Banking

Mit dem SpardaNet-Banking genießen die Kunden den vollen digitalen Bank-Service – rund um die Uhr und bequem vom Sofa aus. Den Kontostand vor dem Fernseher prüfen, eine persönliche Nachricht vom Berater am Frühstückstisch lesen und einfach, sicher und direkt im Internet bezahlen – die Sparda-Bank für zu Hause hat nur eine Voraussetzung: die Teilnahme am SpardaNet-Banking!

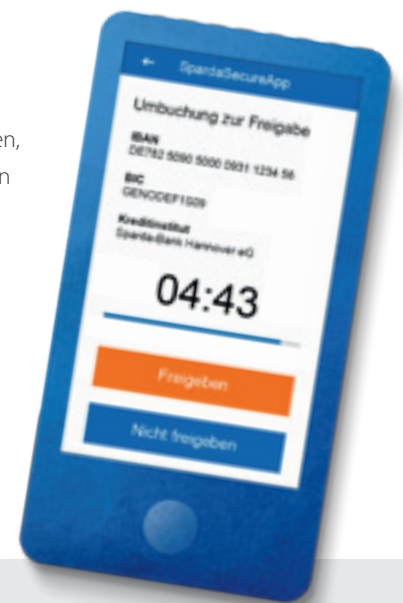
Wie das SpardaNet-Banking im Detail funktioniert, steht unter www.sparda-digital.de.

SpardaBankingApp

Ob Überweisung, Kontostandsabfrage oder Umbuchung: Viele wichtige Funktionen aus dem SpardaNet-Banking sind auch in der SpardaBankingApp enthalten. Einfach, schnell und flexibel. Und mit der Fotoüberweisung bietet die SpardaBankingApp sogar noch eine ganz besonders komfortable Funktion.

SpardaSecureApp

Schnell, komfortabel und sicher. Das zeichnet die SpardaSecure-App aus, mit der Überweisungen, Daueraufträge und vieles mehr ganz einfach ohne TAN-Eingabe bestätigt werden. Dabei werden alle Aufträge verschlüsselt und sind für Dritte nicht einsehbar. Für das neue, hochmoderne und sichere Freigabeverfahren benötigen die Kunden nur ein Smartphone oder Tablet bzw. PC und einen SpardaNet-Banking-Zugang.



SpardaServiceApp

Mit der App kann der Nutzer auch Konten bei anderen Banken bequem einsehen – dank Multibankfähigkeit. Über eine Benachrichtigungsfunktion wird auf Wunsch über Transaktionen und Bewegungen auf dem Konto informiert.

Sparda-Bank Hannover eG

Ernst-August-Platz 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 3018-0
Telefax: 0511 3018-100

E-Mail: sparda@sparda-h.de
Webauftritt: www.sparda-h.de